



Basel, 30.01.2012

MITTEILUNG AN DIE MEDIEN

Baselbieter Spitalauslagerung: Verwaltungsräte statt Demokratie

Die Auslagerung der öffentlichen Spitäler Basel-Land soll schon bald Realität sein. In gleicher Manier wie in Basel-Stadt sollen die Spitäler aus der kantonalen Verwaltung ausgegliedert werden. Mit dieser Gesetzesänderung werden sich grundlegende Dinge ändern. Der Kanton gibt die Spitalführung weitgehend aus der Hand und delegiert die ganze Verantwortung an einen Verwaltungsrat und dessen CEO. Sie werden im Wettbewerb mit den Privatspitälern primär die eigenen Betriebsergebnisse im Auge haben und nicht die regionale Gesundheitsversorgung. Der Kanton hat nach der Auslagerung nur noch wenig Steuerungsmöglichkeiten, wird aber für allfällige Defizite aufkommen müssen, denn er hat den Verfassungsauftrag, öffentliche Spitäler zu führen und die Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Ob sich die SteuerzahlerInnen diesen Demokratieabbau bei einer öffentlichen Kernaufgabe gefallen lassen, wird die Abstimmung zeigen.

Die regierungsrätliche Vorlage erweckt den Eindruck, dass die Auslagerung der Spitäler für deren Bestehen im neuen Wettbewerb notwendig sei.

Tatsache ist, dass kein öffentliches Spital aufgrund der neuen Spitalfinanzierung ausgelagert werden muss.

Für die Anstellungsbedingungen sieht das Spitalgesetz einen Gesamtarbeitsvertrag vor ohne jeden Bezug auf das kantonale Personalrecht. Ohne rechtliche Absicherung werden die Anstellungsbedingungen unter dem Druck des Wettbewerbs dereguliert werden. Das Gesetz sieht zudem die Überführung einzelner Bereiche „in rechtlich eigenständige Einheiten“ vor. Hiermit würde der Privatisierung ganzer Bereiche beispielsweise Reinigung, Labors, Hotellerie und Therapien Tür und Tor geöffnet. Grosse Berufsgruppen müssten mit massiv schlechteren Anstellungsbedingungen rechnen.

Bildung und Gesundheitsversorgung gehören zu den wichtigsten öffentlichen Aufgaben. Sie sollten deshalb demokratisch gesteuert bleiben. Die Baselbieter Stimmbevölkerung hat der Privatschulinitiative mit 85 Prozent Nein-Stimmen eine beeindruckende Abfuhr erteilt! Eine Mehrheit gegen die Auslagerung ist auch bei den Spitälern möglich!

Weitere Auskünfte:

Remo Gysin, Vorstandsmitglied, 061 261 71 95 und 079 756 68 36

Amon Näf, Vorstandsmitglied, 079 586 09 00